

**[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:
„Ausweispflicht und individuelle Kennzeichnung von Polizeibediensteten“
Bericht des Innenausschusses Drs. 19/2598 – Drs 19/4028 –]**

Kai Voet van Vormizeele CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es bemerkenswert, dass man den ehemaligen Innensenator Wrocklage hier als Hauptzeugen für die Frage der besonderen Behandlung der Polizei und von Demonstranten heranzieht. Ich glaube, Herr Wrocklage war derjenige, der den Hamburger Kessel damals zum ersten Male durchgeführt hat.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Da kennen Sie sich aber ganz schlecht aus!)

Den nun in diesem Zusammenhang als Quelle für ein Zitat heranzuziehen, ist arg fragwürdig.

Frau Schneider, was Sie eben zu erwähnen vergessen haben, und das finde ich aus Ihrer Sicht besonders eigenartig, ist Folgendes: In der Tat haben wir in Hamburg eine Vereinbarung zwischen Polizei und Personalrat der Polizei, die diese Dinge regelt. Und genau darum geht es hier, es geht nämlich um Arbeitnehmerrechte. Der Innensenator ist beauftragt worden, mit seiner Behörde Gespräche zu führen mit den zuständigen Stellen und das ist vor allem der Personalrat der Polizei. Das haben wir im Ausschuss bereits lange vorher erläutert.

Man kann darüber nachdenken, ob man eine solche Vereinbarung über die Kennzeichnungspflicht von Polizisten kündigt oder nicht. Man kann sie kündigen. Aber auch das, so haben Sie es im Innenausschuss lernen müssen, würde nicht dazu führen, dass hier einseitig etwas angeordnet werden kann. Ganz im Gegenteil, wenn eine Vereinbarung zwischen Personalrat und Arbeitgeber gekündigt wird, dann gilt sie so lange fort, bis sie durch eine neue ersetzt worden ist. Und der Personalrat vertritt die Arbeitnehmerrechte, Frau Schneider. Das sind diejenigen, für die Sie normalerweise in Anspruch nehmen, hier die großen Fürsprecher zu sein. Jetzt sagen Sie mit einem Mal, Personalrat ist Teufelszeug, was die machen, wollen wir gar nicht hören; so geht das nicht.

Wir haben klipp und klar gesagt, das muss gemeinsam mit der Polizei passieren. Diesen Weg werden wir auch weiter gehen, das sage ich Ihnen ganz offen. Wir werden auch gemeinsam in der Koalition darüber reden, ob wir geeignete Mittel finden, die sowohl dem Sicherheitsbedürfnis der Polizeibeamten in dieser Stadt entsprechen, als auch dem aus meiner Sicht normalen Bedürfnis, dass man dort, wo es Fehlverhalten gibt, dieses auch erkennen kann.

Das muss man mit einem gewissen Augenmaß machen und auch berücksichtigen, dass wir keine Hamburger Insellösung einführen dürfen. Es nützt uns überhaupt nichts, wenn wir während einer Demonstration bei einem großen Ereignis in Hamburg zwar sehen können, wo die Hamburger Beamten sind, aber die große Anzahl der Kollegen aus den benachbarten Bundesländern nicht erkennen können, weil sie nicht der Hamburger Gesetzeslage unterliegen.

Alles das muss geklärt werden. Das tun wir mit Ruhe und Bedacht. Und seien

Sie sicher, die Koalition wird, wie in allen Bereichen, im Bereich des Inneren auch diese Frage mit großer Effizienz und großer Ruhe lösen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)